



# Interviews

**31. Mai 2024, 8.10D Uhr**

**Carla Reemtsma, Sprecherin von Fridays for Future, im Gespräch mit Thielko Grieb**

**Thielko Grieb:** Heute ist Freitag, ein Freitag, für den Fridays for Future zu einen Klimastreik aufgerufen hat. Es soll im Laufe des Tages in etwa 100 Städten in Deutschland Demonstrationen geben. Fridays for Future, das waren im Jahr 2019 die ganz großen Demonstrationen, Zehntausende, Hunderttausende auf den Straßen. Wie viele es heute werden, das wird der Tag zeigen. Hier hören wir erst einmal für den heutigen Tag einen Aufruf von Luisa Neubauer und ihre Begründung: „Jeder zweite junge Mensch in Deutschland unter 30 plant, Stand jetzt, nicht, bei den europäischen Wahlen wählen zu gehen. Wenn wir eine Sache mit hundertprozentiger Wahrscheinlichkeit wissen, dann ist es das. Keine einzige dieser Krisen, egal, wie groß sie sind, wird auch nur ein Funken besser, wenn wir den Laden hier, die EU, den Rechtsradikalen überlassen.“ Luisa Neubauer war das, und jetzt ist am Telefon hier bei uns im Deutschlandfunk Carla Reemtsma, Sprecherin von Fridays for Future aus Berlin, guten Morgen.

**Carla Reemtsma:** Guten Morgen.

**Grieb:** Wir haben es gerade gehört, jeder zweite junge Mensch habe keine Lust auf die Europawahl. Was ist los?

**Reemtsma:** Wir leben ja in einer Zeit von Krisen, einer Zeit, in der auch Politikerinnen und Politiker tatsächlich einerseits die Demokratie irgendwie auch abfällig machen, sie bedrohen. In der das Vertrauen aber auch in demokratische Prozesse halt durch die Skandale der letzten Wochen und Monate wieder und wieder erschüttert wird. Und da ist ganz klar zu sagen, wählen gehen war wahrscheinlich noch nie so wichtig wie jetzt, denn Europa den Rechtsradikalen zu überlassen, das ist keine Option.

**Grieb:** Welche Skandale meinen Sie, die das erschüttert haben, das Vertrauen?

**Reemtsma:** Also was wir erlebt haben in den letzten Wochen und Monaten mit der AfD, zeigt ja einerseits, dass wir eine Partei haben, die sich versucht, hinzustellen und zu sagen, wir machen Politik, wir nehmen eure Sorgen ernst, und in Wirklichkeit menschenverachtende

---

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: [hoererservice@deutschlandradio.de](mailto:hoererservice@deutschlandradio.de)

Politik betreibt, aber vor allem auch ihren eigenen Laden nicht im Griff hat. Auf der anderen Seite erleben wir ja aber auch demokratische Parteien, die sich - Streit ist in einer Demokratie wichtig -, aber gegenseitig so verächtlich machen, dass das natürlich auch irgendwie das Vertrauen in demokratische Prozesse wieder und wieder erschüttert. Wenn man das Gefühl hat, so, das, was da erzählt wird, die da oben, das stimmt nicht, das wissen wir. Wir wissen, dass Politik ganz, ganz wichtige und richtige Entscheidungen treffen kann, die wir in der Demokratie auch brauchen, um gute Grundlagen in der Gesellschaft zu schaffen.

**Grieß:** Ich wollte kurz einhaken, Frau Reemtsma, ich habe mir diese Studie noch einmal angeschaut, Jugend in Deutschland, vor ein paar Wochen veröffentlicht, repräsentativ, wurde gefragt zu Zukunftssorgen, und da kam heraus, unter den Top-3-Punkten der Zukunftssorgen liegen Inflation, teurer Wohnraum, Altersarmut, Top 4, und Spaltung der Gesellschaft. Klimapolitik ist gar nicht mehr so ganz weit oben. Das liegt doch nicht nur an Skandalen oder daran, dass, wie Sie sagen, einige Politiker das Thema nicht mehr nach vorne stellen.

**Reemtsma:** Nein, wir erleben gerade eine Zeit von riesigen und multiplen Krisen, angefangen mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine, dann der darauffolgenden Inflation, der Energiekrise. Und das ist natürlich total normal und richtig, dass Menschen sich dann auch um genau diese Umstände eben Sorgen machen. Weil eben ja auch wirklich die Lebensgrundlagen auch bedroht sind, wenn man sich irgendwie fragt, kann ich meine Miete noch zahlen, finde ich eine Wohnung, und wie soll ich eigentlich meine Heizrechnung bezahlen. Das sind ja alles Themen, die wir natürlich ernst nehmen müssen und wo wir auch sagen, das geht für uns auch nur zusammen. Wenn wir über Klimaschutz sprechen, geht es um konsequenten Klimaschutz, der unsere Lebensgrundlagen schützt, der aber eben auch so sozial gerecht ist, dass es nicht auf die Kosten von denjenigen Menschen mit geringem Einkommen in kleinen Wohnungen etc. geht.

**Grieß:** Liegt es vielleicht auch daran, dass sich festkleben auf Straßen, das Beschmierern des Brandenburger Tores oder Angriffe auf Gemälde keine guten Ideen waren?

**Reemtsma:** Das wäre immer so eine Frage, die wir ganz oft gefragt werden, und ich glaube, dass das für sich spricht, wir rufen heute für einen großen Klimastreik in über 100 Städten in Deutschland und auch europaweit auf. Da gehen Tausende, Hunderttausende Menschen auf die Straße. Und damit setzen wir eben ein ganz, ganz klares Zeichen, Klimaschutz ist nicht ein Einzelinteresse von ein paar wenigen, sondern Klimaschutz ist das, was immer noch breite Teile der Gesellschaft eben auch bewegt. Wir wissen es aus vielen Umfragen, das ist trotzdem immer noch eines der Themen, wo die Leute sagen, das, was die Bundesregierung tut, ist nicht genug. Die Klimakrise bereitet vielen, vielen Leuten Sorgen. Und da muss das

Europaparlament, was ja mit dem Green Deal gezeigt hat, es kann Klimapolitik machen, es kann wichtige und richtige Schritte machen, jetzt aber mehr unternehmen.

**Grieß:** Sie rufen jetzt dazu auf, für Klima und für die Demokratie auf die Straße zu gehen, und das unterscheidet ja auch diese Demonstrationen von heute von den Demonstrationen im Jahr 2019 zum Beispiel. Da ging es vorrangig um das Klima, aber eine Wahlempfehlung, so habe ich das verstanden, geben Sie nicht ab. Warum nicht?

**Reemtsma:** Wir leben in der Demokratie, und die Leute sich auf jeden Fall selber entscheiden für das, was sie wählen. Wichtig ist, wählen zu gehen, damit wir Europa eben nicht den Rechtspopulisten überlassen.

**Grieß:** Die Entscheidung in der Wahlkabine bleibt ja eine geheime Entscheidung, aber Sie könnten ja sagen, also die sind uns lieber als die anderen.

**Reemtsma:** Was wir klar sagen, ist, wählt nicht rechts oder nicht rechtsextreme, nicht rechtspopulistische Parteien, diejenigen, die unsere Demokratie bedrohen, die menschenverachtende Politik betreiben, menschenverachtende Sprache aber auch immer wieder und wieder in den Diskurs bringen. Das kann und sollte keine Option sein. Und gleichzeitig ist klar, für uns als Klimaaktivist\*innen geht es um die Frage, welche Partei hat hier ein konsequentes Programm, und da muss man auch gerade sagen, es gibt noch keine Partei, die gerade ein 1,5-Grad-konformes Wahlprogramm vorlegt. Deswegen werden unsere Proteste ja auch nicht nach der Europawahl aufhören.

**Grieß:** Sind Sie enttäuscht von den Grünen?

**Reemtsma:** Ich finde es spannend, dass wir immer gefragt werden, was wir zu den Grünen denken. Weil ich glaube, in der Demokratie ist ja nicht nur eine Partei gefragt, Klimaschutz zu machen - und was wir gerade von anderer Seite erleben, dass wir einen völlig postfaktischen Wahlkampf rund um das Verbrenner-Aus beispielsweise vonseiten der CDU erleben. Das ist was, das enttäuscht mich gerade von einer Partei, die sagt, sie möchte Volkspartei sein, sie möchte große Teile der Gesellschaft vertreten und Antworten auf die großen Krisen unserer Zeit geben. Das enttäuscht mich viel, viel mehr.

**Grieß:** Gerade zur Union wollte ich gerade noch mal nachfragen, denn das ist ja interessant. Die Union ist keine rechtsextreme Partei, aber will das Verbrenner-Aus revidieren, kippen, also will weiterhin Verbrenner verkaufen lassen. Wie stehen Sie dazu? Wie stehen Sie zu dieser Partei?

**Reemtsma:** Das, was wir gerade im Wahlkampf erleben und auch in den Wochen und Monaten davor, ist ganz, ganz, ganz brandgefährlich. Auf der einen Seite wird hier tatsächlich ja mit postfaktischen Inhalten Stimmung gemacht. Es gibt ja auch erst mal in der Idee, wie Sie es jetzt gerade propagieren, kein Verbrenner-Verbot im Sinne von ab 2035 darf kein Verbrenner mehr fahren, sondern es dürfen keine neuen Autos, die das Klima zerstören, mehr verkauft werden. Und das ist ein Riesenunterschied. Und auf der anderen Seite zeigt die CDU sich ja wieder und wieder offen auch für Koalitionen mit der rechten EKR, also den Europäischen Konservativen und Reformern, bei denen auch die Postfaschisten Meloni mit sitzen und sagen, ja, die Brandmauer verläuft aber rechts von denen, rechts von einer Partei, die teilweise Hitler-Grüße macht, die die Klimapolitik aber eben auch ganz grundsätzlich infrage stellen, und das ist eine ganz, ganz, ganz große Gefahr.

**Grieß:** Ich möchte gerne noch einmal zurückkehren zu dem Beginn unseres Gesprächs. Da haben Sie über die vielen Krisen, die Kriege gesprochen, ganz andere Situation als vor Jahren noch. Das wird eben auch so wahrgenommen von vielen Menschen. Heute sind die Demonstrationen sicherlich ein Versuch von Ihnen, Menschen zum Mitmachen zu bewegen. Wenn der Tag heute vorbei ist, welche weiteren Ideen haben Sie, Menschen wieder zum Mitmachen zu bewegen?

**Reemtsma:** Fridays for Future arbeitet ja das ganze Jahr über, und auch die Klimabewegung sonst ist ja nicht nur irgendwie zu großen Klimastreiks präsent und auch ansonsten das Nächste, was aber natürlich ansteht in den nächsten Wochen, sind große Proteste für die Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Die finden auch in ganz Deutschland und Europa statt. Da dabei zu sein, ist auf jeden Fall ganz, ganz wichtig mit Blick auf die kommenden Wahlen. Wir wissen, Proteste vor Wahlen können die Wahlbeteiligung erhöhen. Sie sorgen dafür, dass rechtsextreme Parteien weniger gewählt werden, dass mehr Menschen demokratisch wählen und dann am Sonntag eben auch zur Wahl zu gehen. Das sind, glaube ich, die nächsten zwei Schritte, die jeder machen kann und sollte.

**Grieß:** Wann soll das sein, diese weiteren Demonstrationen und Proteste?

**Reemtsma:** Der Klimastreik ist quasi so ein bisschen der Auftakt dazu. Die finden dann in der nächsten Woche, also bis vor der Wahl an unterschiedlichen Tagen statt, teilweise jetzt schon am Wochenende, teilweise am Samstag vor der Wahl, teilweise unter der Woche. Das ist ein bisschen unterschiedlich, je nach Stadt.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*